

FORUM

Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe Januar 2008

„Viele sind hartnäckig in Bezug
auf den einmal eingeschlagenen Weg,
wenige in Bezug auf das Ziel.“

Friedrich Nietzsche

- **Bei Frauen schnappen die Alterssicherungsfallen vermehrt zu -
Landeshauptversammlung dbb Frauenvertretung Hessen**
- **Elterngeldbewilligung bei Vätern meist für zwei Monate**
- **Was ändert sich für Familien 2008 – Gesetzliche Neuerungen für
Familien in 2008**

„Bei Frauen schnappen die Alterssicherungsfallen vermehrt zu!“ Landeshauptversammlung dbb Frauenvertretung Hessen

Am 06. November 2007 fand die Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen in Frankfurt/Main statt. Die Vorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker konnte neben den Landtagsabgeordneten **Claudia Ravensburg (CDU-Fraktion) und Dr. Judith Pauly-Bender (SPD Fraktion)**, sowie dem Vorsitzenden des dbb Hessen, **Walter Spieß** und dem Geschäftsführer des dbb vorsorgewerks in Berlin, **Dr. Alexander Schrader**, wieder 27 Frauenvertreterinnen aus 21 Mitgliedsgewerkschaften und –verbänden, sowie Bezirks- und Kreisverbänden begrüßen.

In ihrem Bericht informierte sie umfangreich aus der Vorstandsarbeit, insbesondere über die Aktivitäten seit der letzten Landeshauptversammlung und gab einen Überblick über die wahrgenommenen Termine.

Im weiteren Verlauf stellte sie die neuen die neu in Kraft getretenen einheitliche **Richtlinien für die dienstliche Beurteilung der Hessischen Beamtinnen und Beamten sowie der Tarifbeschäftigten** und das **Fortbildungskonzept für Hessische Führungskräfte** vor.



v.l.n.r.: Petra Reiß (DJG), Maria Gubisch (dbb KV Main-Kinzig), Sonja Waldschmidt (DStG), Sylvia Maul (Komba), Dr. Renate Volmer (Landesverband Amtstierärzte)



v.l.n.r.: Angelika Heine (DPV-KOM), Anke Bernhard (DPoIG), Christine Wasserheiß (BDR), Hiltrud Muskalla (BDR), Birgit Lachmann (GdV), Christine Köhler (dbb Mittelhessen), Ulrike Böhm-Werthmüller (dbb osthessen), Sabine Muth (Verband der Bibliothekare)



v.l.n.r.: Gisela Volk (dbb Landesvorstand), Elisabeth Zahnleiter (BSBD), Christa Brede (DJG), Martina Drexler (GdS), nicht im Bild: Krämer, DBSH

Sie teilte mit, dass sie im **MentorinnenNetzwerk für Frauen in Naturwissenschaft und Technik** an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main vernetzt sei. Aktuelle Informationen hierzu seien unter www.mentorinnennetzwerk.de abzurufen.

Interessante aktuelle Hinweise zu gleichstellungspolitischen Themen seien von der Vernetzungsstelle (www.vernetzungsstelle.de) oder unter www.gleichberechtigung-goes-online.de zu erhalten.

Die folgenden Broschüren wurden als Arbeitsmittel empfohlen:

- ✚ Arbeitshilfe „Geschlechterspezifische Gesetzesfolgenabschätzung“ (www.bmfsfj.de)
- ✚ Kosten betrieblicher und betrieblich unterstützter Kinderbetreuung (www.bmfsfj.de)
- ✚ Rentenratgeber für Frauen (www.deutsche-rentenversicherung.de)
- ✚ Jahresprogramm der dbb akademie 2008 (www.dbbakademie.de)



v.l.n.r.: Ingrid Braun (dbb KV Offenbach), Sieglinde Haberland (bundespolizeigewerkschaft), Andrea Fuchs (OFD), Hiltrud Muskalla (BDR), Helga Helgert-Hock (HPhV), Birgit Lachmann (GdV), Christine Köhler (dbb mittelhessen)

Außerdem informierte sie unter anderem zu den folgenden Themen:

- ✚ Bericht zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz, welcher durch die Hessische Landesregierung vorgelegt wurde
- ✚ Richtlinien zum Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
- ✚ Hessisches Besoldungsanpassungsgesetz
- ✚ Anstehende Reform der Pflegeversicherung
- ✚ Neuregelung der Wartezeit im Beamtenversorgungsgesetz
- ✚ Entwurf der Strukturreform im Versorgungsausgleich
- ✚ Europäische Charta der Gleichstellung von Männern und Frauen auf kommunaler und lokaler Ebene (www.rgre.de)
- ✚ Anstehenden Evaluierung der „Gemeinsamen Erklärung zur Einführung von Alternierender Telearbeit in der Hessischen Landesverwaltung“
- ✚ Seminartermine und Seminarthemen des dbb Hessen für das Jahr 2008. Positiv sei anzumerken, dass der **Frauenanteil an den Seminaren des dbb Hessen** seit dem Jahr 2005 **stark gestiegen** sei; im abgelaufenen Jahr habe er durchschnittlich 35,5 % betragen.
- ✚ Den **Gewerkschaftstag des dbb**, welcher in der Zeit vom 25. bis 28. November 2007 in Berlin stattfindet. Von Seiten der dbb bundesfrauenvertretung gebe es zwei Kandidaturen: Kirsten Lühmann (DPolG) und Astrid Hollmann (VRFF).)

Ute Wiegand-Fleischhacker wies darauf hin, dass immer noch ein erheblicher Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten 0-3 jähriger Kinder bestehe. Sie bekräftigte die Forderung nach qualitativ hochwertigem, bedarfsgerechtem und bezahlbarem Angebot von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Die Erhöhung der Abdeckungsquote in Hessen auf 12 Prozent sei sehr positiv und ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings müsse man diesem Thema weiterhin große Priorität beimessen. Sie forderte, neben dem weiteren Ausbau der Angebote für 0 bis 3 jährige auch die Ganztagsschulangebote zu erweitern.



v.l.n.r.: Knell (VBB) stellvertretende Vorsitzende, Piltz (GdV) stellvertretende Vorsitzende, Langlitz (VBOB (Beisitzerin)

Das Thema **„Kinderbetreuungsmöglichkeiten – Tageselternmodelle in Hessen“** sei auf die Tagesordnung genommen worden, da aus Sicht der dbb Frauenvertretung Hessen bei den betroffenen Eltern deutlicher Informationsbedarf zu den diversen Angeboten bestehe. Die Vorsitzende wies auf das „Hessische Tagespflegebüro“ sowie auf die „Tageselternvermittlung Darmstadt“ hin. Um hier Unterstützung zu bieten, seien auf der Internetseite unter www.dbb-frauen-hessen.de Internetlinks aufgeführt.

Als positiv bezeichnete die Vorsitzende die Erhöhung des Zuschusses des Landes Hessen für Tageseltern von derzeit 200.-€ auf 400.-€ je Halbjahr. Betroffene Tageseltern würden in der Broschüre des Hessischen Sozialministeriums **„Werden Sie Tagesmutter“** auf diese Fördermöglichkeit hingewiesen. Allerdings fordere die dbb Frauenvertretung Hessen, bei der durch die Änderung der Finanzmittel notwendigen Neuauflage dieser Broschüre klarzustellen, dass dieser Zuschuss für den Aufbau einer Alterssicherung der Tageseltern gedacht sei. Dass dieser Hinweis derzeit fehle sei bedauerlich, da so der Eindruck einer zusätzlichen Vergütung für die Tageselternbetreuung entstehen könne. Es gelte, die potentiellen Tageseltern durch einen Hinweis in dieser Broschüre für das Thema Alterssicherung und Altersarmut zu sensibilisieren. Gleichzeitig sei der Begriff „Tagesmutter“ in „Tageseltern“ zu ändern. Die Vorsitzende informierte über das am 21. November 2007 seitens des Vorstands der dbb Frauenvertretung Hessen mit der Hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger stattfindende Gespräch; das Thema Tageseltern und Kinderbetreuungsmöglichkeiten werde hier thematisiert und die Forderungen dargelegt.



v.l.n.r.: die Landtagsabgeordneten Dr. Judith-Pauly Bender, MdL, Claudia Ravensburg, MdL, Ute Wiegand-Fleischhacker, Vorsitzende, Ricarda Sell, Beisitzerin

Die als Gäste anwesenden Politikerinnen **Claudia Ravensburg, MdL, CDU Landtagsfraktion,** und **Dr. Judith Pauly-Bender, MdL, SPD Landtagsfraktion** legten ihre Positionen zu den frauen- und familienpolitischen Themen dar.

Zum Thema Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Tagesmüttermodelle legten sie ihre Positionen dar.

Claudia Ravensburg sah ein großes Problem in der Starrheit der Betreuungsangebote. Flexibilisierung und Ausbau der Betreuungsmodelle sei dringend geboten. Tagesmüttermodelle sind besonders zu unterstützen. Es gelte, Tagesmütter aus der Schwarzarbeit herauszuholen. Qualifizierung und Aufbau einer Altersversorgung der Tagesmütter seien dringend notwendig. Die Anbindung von Tagesmüttern an Kinderkrippen sei wünschenswert.

Im Hinblick auf die Betreuungssituation der unter 3-jährigen verwies Claudia Ravensburg auf das Projekt KNIRPS (Kleinkindern Nachhaltig Intensiv Rechtzeitig Plätze Schaffen) der Hessischen Landesregierung, mit dem durch Erhöhung des Haushaltsansatzes die Betreuungsquote der unter 3-jährigen auf 20 Prozent gesteigert werden solle.

Außerdem setze sie sich für flächendeckende Ganztagschulen mit Betreuung von 7.30 bis 17.00 Uhr mit flexibler Nutzung auf freiwilliger Basis ein. Aus ihrer Sicht solle die Einrichtung von Betriebs- und Behördenkindergärten gefördert werden. Auch müsse der Anspruch auf einen Kindergartenplatz vom Wohnort auch auf den Ort der Beschäftigung eines Elternteils übertragen werden können. Sie halte die Schaffung eines Landessozialfonds für notwendig, der jedem Kind eine warme Mahlzeit pro Tag garantieren solle. Ebenfalls unterstütze sie die Forderung nach einem weiteren Ausbau der alternierenden Telearbeit in der Hessischen Landesverwaltung.

Grundsätzlich sehe sie positiv in die Zukunft, wenn es gelinge, Männer verstärkt in die Kinderbetreuung einzubinden.

Dr. Judith Pauly-Bender äußerte Ihren Unmut über die Familienpolitik in Hessen. Sie halte einen geschlechterpolitischen Wandel in Hessen für dringend erforderlich. Das Programm der hessischen SPD sehe folgendes vor:

Chancengleichheit, Familienfreundlichkeit, ein nachhaltiges Gleichstellungsprogramm, ein Gleichberechtigungsgesetz für die Wirtschaft, verbindliche Gender Prüfsteine, eine landeseigene Antidiskriminierungsstelle, ein Landesprogramm „gute Arbeit für Frauen“.

Auch sei sie der Meinung, dass Tagesmütter zu wenig verdienen und dass Qualitätssicherung bei der Tagesmütterbetreuung ein wichtiges Anliegen sei.

Der Blick in die Zukunft sei für Frau Pauly-Bender nur bedingt positiv. Sie befürchte, dass der Geschlechterwandel nicht alle gesellschaftlichen Schichten erreichen werde.

Zum Thema „**Angebote zur Deckung von Versorgungslücken bei Frauen**“ referierte **Dr. Alexander Schrader**, Geschäftsführer des **dbb Vorsorgewerks** in Berlin.

Auf die Frage, ob Altersarmut weiblich sei, stellte er fest,

- 🚩 dass die Alterssicherungsfallen bei Frauen verstärkt zuschnappen würden. Dies sei bedingt durch häufigere Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitbeschäftigung bei der Kindererziehung sowie geringere Durchschnittsverdienste.
- 🚩 Die Altersleistungen (netto) von Männern und Frauen seien aufgrund eigener und abgeleiteter Ansprüche unterschiedlich

Er stellte zunächst die Angebotspalette des Vorsorgewerks vor und ging dann speziell auf die Bedürfnisse von Frauen bei den verschiedenen Versicherungsarten ein. Abweichende Tarife für Frauen wurden anhand von Statistiken erläutert.



Dr. Alexander Schrader, Geschäftsführer dbb vorsorgewerk, Berlin

Bemerkenswert sei, so Dr. Schrader weiter, dass 2/3 der Frauen befürchteten, ihren Lebensstandard im Alter nicht mehr beibehalten zu können. Gleichzeitig hätten 42 Prozent der Frauen keine eigene Altersvorsorge.

Dr. Schrader zeigte den Anwesenden Lösungsmöglichkeiten auf, wie durch Angebote zur Schließung der Versorgungslücken eine finanzielle Unabhängigkeit im Alter erreicht werden könne.



Walter Spieß berichtet über die aktuellen Entwicklungen im Tarif- und Beamtenbereich.

Der Vorsitzende des dbb Hessen, **Walter Spieß**, stellte die Ergebnisse der Verhandlungen über die hessische Beamtenbesoldung und die Übertragung auf den Tarifbereich dar. Er unterstrich die Notwendigkeit eines hohen Organisationsgrades der Gewerkschaft, um erfolgreich zu verhandeln.

Das Thema Arbeitszeit von Beamten und Tarifbeschäftigten in Hessen bildete den Abschluss seines Vortrags.

Elterngeld bei Vätern meistens für 2 Monate bewilligt

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom November 2007 wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 rund 387 000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Nachdem im ersten Halbjahr rund 200 000 Anträge genehmigt wurden, kamen im dritten Quartal weitere 187 000 Bewilligungen hinzu. Von Januar bis September wurden bundesweit rund 37 000 Anträge von Vätern auf Elterngeld bewilligt, dies entspricht einem Anteil von 9,6%.

Während im ersten Quartal 2007 6,9% der Anträge für Väter waren, belief sich der Anteil im dritten Quartal auf 10,7%. Eine mögliche Ursache für diesen Anstieg liegt darin, dass Väter nunmehr verstärkt Anträge für die Partnermonate stellen.

Mehr als die Hälfte der Väter (57%) beantragte in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 das Elterngeld für zwei Monate, 20% nehmen eine „Babyzeit“ von zwölf Monaten. Bei den Müttern ergibt sich ein anderes Bild: 86% von ihnen beanspruchen Elterngeld für zwölf Monate, ein Prozent für zwei Monate.

36% der Väter, die das Elterngeld für zwölf Monate in Anspruch nehmen, erhalten ein Elterngeld von 300 Euro monatlich, 12% erhalten 1 500 Euro oder mehr.

Von den Vätern, die zwei Monate Elterngeld nehmen, erhalten 19% 300 Euro und 22% 1 500 Euro oder mehr.

Der Anteil der für Väter bewilligten Anträge lag von Januar bis September mit 12,4% in Berlin am höchsten. Anteile von 10% oder mehr wurden für Bayern (11,2%), Hamburg (10,8%), Brandenburg (10,5%) und Thüringen (10,0%) ermittelt. Am geringsten war der Väter-Anteil in Sachsen-Anhalt (7,6%) und im Saarland (5,8%).

Das Elterngeld beträgt 67% des letzten Nettogehalts, wenn die Arbeitszeit vollständig oder teilweise reduziert wird, mindestens 300 Euro und höchstens 1 800 Euro monatlich. Nicht Erwerbstätige erhalten einen Mindestbetrag von 300 Euro. Je nach Familiensituation erhöht sich der Betrag um einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag..

Bewilligte Elterngeldanträge von Januar bis September 2007 nach Geschlecht und Ländern					
Gebiet	Bewilligte Elterngeldanträge insgesamt	davon für		Anteile in %	
		Väter	Mütter	Väter	Mütter
¹⁾ Ohne Angaben der Elterngeldstelle Landkreis Schaumburg im 3. Quartal					
Baden-Württemberg	44 022	4 328	39 694	9,8	90,2
Bayern	64 555	7 204	57 351	11,2	88,8
Berlin	16 030	1 990	14 040	12,4	87,6
Brandenburg	10 763	1 127	9 636	10,5	89,5
Bremen	3 098	278	2 820	9,0	91,0
Hamburg	9 190	989	8 201	10,8	89,2
Hessen	31 285	2 975	28 310	9,5	90,5
Mecklenburg-Vorpommern	8 042	623	7 419	7,7	92,3
Niedersachsen ¹⁾	37 816	3 262	34 554	8,6	91,4
Nordrhein-Westfalen	88 742	8 269	80 473	9,3	90,7
Rheinland-Pfalz	17 067	1 446	15 621	8,5	91,5
Saarland	3 806	219	3 587	5,8	94,2
Sachsen	17 840	1 462	16 378	8,2	91,8
Sachsen-Anhalt	10 466	798	9 668	7,6	92,4
Schleswig-Holstein	13 484	1 095	12 389	8,1	91,9
Thüringen	10 749	1 075	9 674	10,0	90,0
Deutschland	386 955	37 140	349 815	9,6	90,4
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	313 065	30 065	283 000	9,6	90,4
Neue Länder ohne Berlin	57 860	5 085	52 775	8,8	91,2

Quelle: Statistisches Bundesamt (www.destatis.de)

Was ändert sich für Familien 2008? – Gesetzliche Neuerungen für Familien in 2008

"Familie soll auch in Zukunft in Deutschland Top-Thema bleiben", sagt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. "Der Bund wird weiter mit Hochdruck daran arbeiten, die Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland weiter zu verbessern. Das Elterngeld hat sich ein Jahr nach dem Start als Renner entpuppt. Mich freut vor allem, dass sich immer mehr Väter Zeit für ihre Neugeborenen reservieren. Ich hoffe, dass dieser Trend auch in 2008 anhält."

- **Kinderzuschlag künftig unbefristet**

Der Bundestag hat beschlossen, dass Eltern mit geringen Einkommen zukünftig zeitlich unbegrenzt den Kinderzuschlag erhalten können. Bisher war die Bezugsdauer auf 36 Monate begrenzt.

- **Bundesmittle für den Ausbau der Kleinkindbetreuung werden bereitgestellt**

Mit der Zustimmung zum Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetz hat der Bundesrat grünes Licht für die Einrichtung des Sondervermögens "Kinderbetreuungs-ausbau" gegeben. Damit können die Länder und Kommunen ab dem 1. Januar 2008 beginnen, ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung der unter Dreijährigen aufzubauen.

Bis 2013 soll ein qualitätsgerechtes und vielfältiges Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder dieser Altersgruppe vorhanden sein. Darüber hinaus soll ein Netzwerk qualifizierter Tagesmüttern das Angebot ergänzen.

- **Unterhaltsvorschuss**

Änderungen ab dem 01. Januar 2008

Die Höhe der Unterhaltsleistungen wird für das gesamte Bundesgebiet vereinheitlicht. Das bedeutet:

Die Höhe der derzeitigen Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in den alten Bundesländern wird beibehalten; der Betrag in den neuen Bundesländern wird entsprechend angehoben.

- **Unterhaltsrechtsreform**

Kinder haben Vorrang bei Unterhaltszahlungen

Die Förderung des Kindeswohls ist der Kernpunkt des neuen Unterhaltsrechts. Der Unterhalt für die Kinder hat künftig Vorrang vor allen anderen Unterhaltsansprüchen. Nicht verheiratete Mütter und Väter, die Kinder betreuen werden besser gestellt. Zudem wurde der Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit geschiedener Ehegatten gestärkt.

- **BAföG**

Neu: Kinderbetreuungszuschlag als Vollzuschuss

Neben der Erhöhung der Förderhöchstsätze zum Herbst 2008, ist ein Kernelement der Änderung, die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung durch die Einführung eines Kinderbetreuungszuschlages zu fördern. Ebenso soll es BAföG- Berechtigten in Zukunft leichter fallen, eigenes Geld zur staatlichen Förderung hinzuzuverdienen. Auch kann zukünftig ein Vollstudium in einem der EU- Staaten und der Schweiz gefördert werden.

- **Zusätzliche Altersvorsorge**

Neue Kinderzulage, Entgeltumwandlung bleibt abgabefrei

Der Staat baut die Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge weiter aus. Die Riester-Zulage wird für Kinder, die ab dem 1. Januar 2008 geboren werden, von 185 auf 300 Euro pro Jahr erhöht. Darüber hinaus bleibt die Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge über das Jahr 2008 hinaus bestehen. Damit wird eine dauerhafte Grundlage für die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge geschaffen.

- **Persönliches Budget für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen**

Ab dem 1. Januar 2008 haben behinderte Menschen Anspruch auf ein Persönliches Budget. Mit einem Persönlichen Budget können behinderte Menschen Leistungen zur Teilhabe selbständig einkaufen und bezahlen. Auch Eltern können für ihre behinderten Kinder Persönliche Budgets beantragen. Es ergänzt die bisher üblichen Dienst- oder Sachleistungen.

- **Senkung der Arbeitslosenbeiträge auf 3,3 Prozent**

Der Bundestag hat beschlossen, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter sinken - ab 1. Januar 2008 auf 3,3 von bisher 4,2 Prozent.

- **Keine Beitragspflicht auf steuerfreie Vergütungen von ehrenamtlich Tätigen**

Rückwirkend für das Jahr 2007 können ehrenamtlich Tätige eine Vergütung von jährlich insgesamt 500 Euro im Jahr steuerfrei erhalten. Nunmehr zieht die Sozialversicherung nach. Die steuerfreie Vergütung ist ab dem 1. Januar 2008 auch beitragsfrei zur Sozialversicherung.

Weitere Informationen zu den Änderungen finden Sie im Familien-Wegweiser unter www.familien-wegweiser.de. Quelle: www.bmfsfj.de

Impressum

dbb Frauenvertretung Hessen
Tel.: 0 61 52 / 5 93 99

Helene-Stöcker-Str. 12, 64 521 Groß-Gerau
Fax: 0 61 52 / 9 41 91 20

Internet: www.dbb-frauen-hessen.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Ute Wiegand-Fleischhacker
E-Mail: vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de